

Vorlage Nr. I-A 6/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 5

Stellenplananträge 2024/2025

A Problem

Die Anträge des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik zum Stellenplan 2024/2025 sind zusammen mit der Stellungnahme des Fachausschusses dem Personalamt zu übersenden

B Lösung

Bei den vorliegenden Stellenplananträgen handelt es sich um folgende Stellen:

Jugendberufsagentur

1,0 VÄ Stelle TVöD S11b (VKA) für die Aufsuchende Beratung mit dem Schwerpunkt junge Geflüchtete in der Jugendberufsagentur

Neu geschaffene Stelle in der Jugendberufsagentur, befristet zunächst bis zum 31.12.2024, zu 100 % finanziert durch Drittmittel.

0,82 VÄ Stelle TVöD 9c (VKA) Social Media Beauftragte:r für die Jugendberufsagentur

Neu geschaffene Stelle in der Jugendberufsagentur, befristet bis zunächst 30.06.2026, zu 100% drittmittelfinanziert.

Arbeitsmarktpolitik

1,0 VÄ Stelle TVöD 13 (VKA) Programm- und Projektentwicklung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik

Anerkannter Stellenbedarf, unbefristet, finanziert aus kommunalen Mitteln.

1,0 VÄ Stelle TVöD 9a (VKA) Sachbearbeiter:in Verwaltungsvereinbarung SWAE

Neu geschaffene Stelle im Bereich Arbeitsmarktpolitik, befristet zunächst bis zum 31.12.2027, zu 100% drittmittelfinanziert.

1,0 VÄ Stelle TVöD 13 (VKA) Projektleiter:in BIWAQ

Wiedereinrichtung der Stelle (befristet gewesen bis 31.12.2022) ab 01.01.2024 befristet bis 30.06.2026.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen für Behinderung beschließt die Anträge zum Stellenplan 2024/2025 und bittet des Personal- und Organisationsausschuss, gleichlautend zu beschließen und das Amt

für kommunale Arbeitsmarktpolitik, alles Weitere zu veranlassen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die personalwirtschaftlichen Auswirkungen sind in den Stellenplananträgen 2024/2025 beschrieben. Evtl. Mehrkosten wären aus Arbeitsmarktmitteln des Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik bereitzustellen.

Der Zugang zu den Stellen ist für Frauen und Männer gleichermaßen geeignet und sichergestellt. Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind nicht gegeben. Von der Maßnahme sind ausländische oder behinderte Menschen sowie Belange eines Stadtteils oder des Sports nicht in besonderer Weise betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Stellenplananträge sind infolgedessen eine Umsetzung der Beschlüsse.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage wird nach BremIFG veröffentlicht.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung stimmt den Stellenplananträgen zum Stellenplan 2024/2025 zu und bittet den Personal- und Organisationsausschuss, gleichlautend zu verfahren.

Gez.
Melf Grantz
Oberbürgermeister